

# Im Mainstream vereinen

## Ursprünge und Konfliktfelder der US-amerikanischen Political Correctness-Diskussion

| **ARIANE MANSKE** | **Ablehnend und unversöhnlich reagierten Konservative in den Vereinigten Staaten der 90er Jahre auf die Forderung Linksliberaler, tradierte Vorstellungen von Rasse, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit und sexueller Orientierung zu „reformieren“. Ein Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Begriffs „Political Correctness“.**

Im Dezember 1990 wurde *Political Correctness (PC)* der amerikanischen Öffentlichkeit in den Medien als bedrohliches, sich im ganzen Land ausbreitendes Phänomen vorgestellt. Die ersten Artikel verglichen PC mit politischer Verfolgung und Orwells *Newspeak*, verwiesen auf Radikalität und Extremismus und sprachen von Indoktrination und Zwang zu intellektueller Konformität. PC führe zu einer Fragmentarisierung der amerikanischen Gesellschaft und sei von Grund auf undemokratisch und unamerikanisch.

Die Diskussion um *Political Correctness* hatte ihren Ursprung an US-amerikanischen Universitäten: an den Ivy Leagues, an großen Forschungsuniversitäten, an kleinen *Liberal Arts Colleges*, an staatlichen und privaten Universitäten gleichermaßen. *Affirmative action*-Richtlinien hatten zu einer Demokratisierung der Zulassungs- und Einstellungskriterien (für Studierende und Lehrende) und somit zu einer größeren kulturellen Vielfalt an den Universitäten beigetragen. Die verstärkte Präsenz ethnischer Minderheiten und Frauen in der Studentenschaft und im Lehrkörper hatte zur Folge, dass deren spezifische Erfahrungen in der amerika-

nischen Gesellschaft in die Einrichtungen höherer Bildung direkt eingebracht wurden. Tradierte Vorstellungen über Rasse, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit und sexuelle Orientierung wurden in Frage gestellt und eine Reform der Bildungsinhalte in den Geisteswissenschaften angestrebt. Kritiker dieser universitären Veränderungen beklagten die zunehmende Anzahl linker und liberaler Intellektueller in den Geisteswissenschaften und den damit einhergehenden Linksrück an den Universitäten.

Für die konservativen Studierenden und Akademiker waren die Universitäten schon seit längerer Zeit zur *last liberal bastion* geworden, die die Studierenden Gedankengut lehrte, das die amerikanische Kultur und Gesellschaft unterminiere.

### Konservative Abwehr

Konservative Studierende und Akademiker wehrten sich gegen Reformen und Richtlinien wie *affirmative action* und *speech codes* und gegen die Multikulturalisierung des literarischen Kanons und Curriculums. Die Lehrenden taten sich 1987 in der *National Asso-*

*ciation of Scholars* zusammen. Mit ihrer Publikation, *Academic Quarterly*, bot die NAS solchen Professorinnen und Professoren ein Forum, die über *affirmative action*, Multikulturalismus und Sensibilität gegenüber Minderheiten frustriert waren. Unterstützt wurde die akademische Organisation von konservativen *think tanks* wie z.B. dem *Madison Center for Educational Affairs*. Auch konservative Studierende begannen, in neu gegründeten, politisch konservativ ausgerichteten Studentenzeitschriften gegen die inhaltlichen und strukturellen Veränderungen an den

»Der Einfluss der konservativen Studentenzeitungen auf die nationale Presse war enorm.«

Universitäten mit herablassenden und stark polemischen Artikeln anzuschreiben, präsentierten sich als *underdogs* und sahen sich als einzige Alternative zu den liberal ausgerichteten Universitätszeitungen. Besonders notorisch war der *Dartmouth Review*, der mit seiner Berichterstattung sogar nationales Aufsehen erregte. Auch wenn die Auswirkungen der konservativen Studentenzeitungen als allgemein unerheblich eingeschätzt wurden, war der Einfluss auf die nationale Presse doch enorm. Die Medien nahmen die zumeist einseitigen und polemischen Artikel als Informationsmaterial über die Lage an den Universitäten auf, um sich ein Bild von *Political Correctness* zu verschaffen und dieses an die amerikanische Öffentlichkeit weiterzugeben. Auf diese Angriffe aus dem konservativen Lager reagierten die Reformbefürworter 1991 mit der Gründung einer eigenen Organisation, der *Teachers for a Democratic Culture*, um die Desinformationen, die polemi-



### AUTORIN

Dr. Ariane Manske ist pädagogisch-akademische Leiterin und Koordinatorin der internationalen Studienprogramme an der WAM Die Medienakademie in Dortmund. In ihrem Buch „Political Correctness und Normalität. Die amerikanische PC-Kontroverse im kulturgeschichtlichen Kontext“ (2002 erschienen) analysiert sie die Zusammenhänge zwischen Political Correctness und Normalität sowie der Definition der amerikanischen common culture und nationalen Identität. Im Fokus der Studie stehen die Diskussionen um den literarischen Kanon und die universitären Lehrinhalte.



Foto: picture-alliance

schen Unterstellungen und das medial verzerrte Bild der Universitäten zu korrigieren.

### Linkliberale Forderungen

Den konservativen Multikulturalismuskritikern standen also linkliberale Reformer und Multikulturalismusbefürworter gegenüber. Diese forderten ein Ende institutionalisierter Diskriminierung von ethnischen Minderheiten, Frauen und Homosexuellen und sprachen sich für einen gleichberechtigten Zugang zu höherer Bildung und Führungspositionen in der Gesellschaft aus. Die gesellschaftlich außerhalb des *mainstream* verorteten Bevölkerungsgruppen forderten zudem die Aufnahme ihrer eigenen Kultur- und Literaturtradition in die amerikanische *common culture* und damit die Einbeziehung in

die Definition des amerikanischen Selbstverständnisses.

Aus Sicht der linkliberalen Reformer ermöglichten *affirmative action*-Richtlinien marginalisierten Gruppierungen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und somit zum *main-*

### »Kritiker sahen das kulturelle Erbe und die common culture in Gefahr.«

*stream* und zu gesellschaftlicher Teilhabe. Konservative Kritiker sahen in *affirmative action* eine undemokratische und im Wesen unamerikanische Vorzugsbehandlung aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten zu Rasse oder Geschlecht. Allerdings, so argumentierten die Reformer, waren ethnische Minder-

**Alle Nationen vertreten?** Ausstellung „Labyrinth X“ zu Rassismus und Ausgrenzung in Schwerin.

heiten und Frauen jahrzehntelang wegen Zugehörigkeit zu einer Gruppe aus dem *mainstream* ausgeschlossen. Ebenso verbargen sich für die Kritiker hinter den sogenannten *speech codes* lediglich Euphemismen und absurde Sprachvorschriften, während

die Reformer darin eine Sensibilisierung für rassistische, sexistische oder anderweitig diskriminierende Sprache sahen und sich für einen bewussten Sprachgebrauch aussprachen. Bei der Öffnung des literarischen Kanons und geisteswissenschaftlichen Curriculums sahen die Kritiker das kulturelle Erbe und die

*common culture* in Gefahr; statt der großen Werke des literarischen Kanons und der Ideen der *Western Civilization*-Kurse würden nun in den *Ethnic Studies*- und *Women's Studies*-Kursen mit ihrem Fokus auf Rassismus und Sexis-

### »Der von den Konservativen substantivierte Begriff wurde mit einer neuen Konnotation versehen - verloren war die Ironie.«

mus nur die negativen Aspekte der amerikanischen Geschichte beleuchtet und man ergehe sich in einem *victim cult*. Mit der Öffnung des Kanons und Curriculums strebten die Reformer jedoch eine *common culture* an, in der alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert wären und in der positive wie auch negative Erfahrungen in der amerikanischen Gesellschaft Beachtung fänden. Was sie ablehnten, war nicht das Ideal einer gemeinsamen Kultur, sondern die Annahme, dass dieses Ideal bereits Realität geworden sei.

#### Von politically correct zur Political Correctness

Die konservativen Kritiker fassten diese Reformvorhaben unter dem von ihnen pejorativ konnotierten Oberbegriff *Political Correctness* zusammen und erklärten, dass es sich bei *PC* um eine kulturpolitische Kampagne der amerikanischen Linken und *Liberals* handele. Damit man in der Öffentlichkeit glaubhaft zeigen konnte, dass es eine Bewegung linksliberaler Gruppierungen war, übernahmen die konservativen Kritiker den ursprünglich von linksliberalen *social movements* verwendeten Begriff *politically correct*, der innerhalb dieser Bewegungen – meist ironisch – als eine bewusste Form der Selbstkritik an dogmatischem Hardlinertum verwendet wurde. Der von den Konservativen substantivierte Begriff *Political Correctness* wurde mit einer neuen Konnotation versehen: Verloren war die Ironie. Geblieben war die Betonung von Dogmatismus und Intoleranz. Im Unterschied zur früheren Verwendung von *politically correct* als bewusster Form der Selbstkritik, wurde *Political Correctness* nun von außen auf linksliberale Gruppierungen und ihre Anliegen wie ein Stempel aufgedrückt, und Reformvorhaben in Bildung, Kultur, Wirtschaft und Politik wurden unter dem Vorzeichen der *Political Correctness* offensiv diskreditiert.

Die Diskussion um *Political Correctness* war also eine von Konservativen gelenkte Debatte. Das erklärt, warum die ersten Berichte mit geschliffener Rhetorik gegen *Political Correctness* argumentierten. Es gab seitens der Reformer keine Einführung in *Political Correctness* als neue Bewegung. Die als *PC* bezeichneten Gruppierungen

nannten sich weder selbst *PC*, noch sahen sie sich als ihre Repräsentanten. Und so merkten sie erst spät, dass sie mit einer subtil inszenierten Diskussion und Strategie angegriffen wurden und in Erklärungsnot gerieten, warum es ihnen keineswegs darum ginge, kleine Menschen *vertically challenged* zu nennen. In der Analyse der Diskussion sprach man daher auch von einer *conservative correctness*, einer gut organisierten Bewegung konservativer Gruppierungen.

Die Konservativen empfanden die Veränderungen als bedrohlich, da sie spürten, dass mit den Reformen an den Universitäten und mit der Forderung nach einer neuen Definition des nationalen Selbstverständnisses der gesellschaftliche und kulturelle Konsens aufgebrochen war. Mit der Diskussion um *Political Correctness* verdeckten sie geschickt ihre eigenen Bestrebungen, ihre dominante gesellschaftliche Position und kulturelle Autorität aufrechtzuerhalten. Während sie die „*PC*-ers“ beschuldigten, orthodox zu sein, waren sie selbst bestrebt, eine Orthodoxie aufrechtzuerhalten. Die unter dem Begriff *PC* vereinten Reformvorhaben hatten, mit einigen Ausnahmen, wenig mit Radikalität, Dogmatismus oder Intoleranz zu tun, sondern strebten ganz im Gegenteil mehr Toleranz und Offenheit an und plädierten für die gleichberechtigte Integration aller Bevölkerungsgruppen in den *mainstream*.

Gegen Ende der 90er Jahre waren die als *PC* bezeichneten Reformen weitestgehend implementiert und wurden zur politischen und kulturellen Normalität. Aber ganz aus dem gesellschaftlichen Leben und der Öffentlichkeit ist *PC* nicht gewichen. Ging es in den 90er Jahren um die Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen in den *mainstream*, geht es heute um das Miteinander dieser Gruppen in diesem

*mainstream*. Tiefsitzender Rassismus und Praktiken der Diskriminierung lassen sich nicht so leicht durch Richtlinien oder Programme verändern oder aufheben.

#### Barack Obama und der mainstream

Obwohl Barack Obama in seinem Wahlkampf *Political Correctness* nicht thematisierte, setzt er mit seiner Botschaft von *change* und *unity* in gewisser Weise *PC*-Reformen fort, indem er eine Transzendenz von Rasse anstrebt. Obama plädiert vor allem bei der schwarzen US-Bevölkerung für das Ende eines freiwilligen Separatismus und für die Wahrnehmung von Möglichkeiten im *mainstream*, ohne dies als Uncle-Tom-Verhalten oder *selling-out* zu verurteilen. Er möchte *racial paranoia* – also ein ständiges Vermuten rassistischer Motivation – überwinden und über Op-

### »Barack Obama setzt PC-Reformen in gewisser Weise fort, indem er eine Transzendenz von Rasse anstrebt.«

ferrollen, weiße Schuld und ewigen Rassismus hinwegkommen. Er spricht von *Americans* und nicht von *hyphenated Americans*. Nach der Integration kommt für Obama jetzt die Versöhnung im *mainstream*. Und so ruft er auch den *mainstream* auf, seinerseits latente oder offenkundig rassistische und diskriminierende Praktiken und Einstellungen zu überwinden und mit Akzeptanz, Respekt und Toleranz in der *Coalition of Americans*, wie er sie nennt, zu einer Nation zusammenzufinden.

Mit der Transzendenz von Gruppe bzw. der Aufhebung oppositionellen Denkens geht Obama über *PC*-Reformen hinaus. In der *PC*-Diskussion stand die Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen auf der Basis ihrer Gruppenzugehörigkeit im Vordergrund, da sie jahrzehntelang wegen Zugehörigkeit zu einer Gruppe aus dem *mainstream* ausgeschlossen waren. Statt *group identity* steht nun die individuelle Verwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt. Dazu gehören für ihn auch die Überwindung von *us versus them*-Denken, ein neuer Bürgersinn und gesellschaftliche Verantwortung. Barack Obama steht damit für einen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Paradigmenwechsel und lässt uns alle „Hoffnung wagen“.